



„Vor Ort kleine Inseln schaffen und global die Verteilungsregeln ändern“

Ein Interview mit Prof. Dr. Gabriele Beckmann über Armut

Evangelisch-lutherisches
Missionswerk in Niedersachsen
Stiftung privaten Rechts

Georg-Haccius-Straße 9
29320 Hermannsburg
Telefon +49 (0)5052 69-0
mail@elm-mission.net

www.elm-mission.net

Welche Ansätze gibt es zur Armutsbekämpfung, welche haben sich als hilfreich, welche als weniger wirksam erwiesen? Und was unterscheidet kirchliche Entwicklungszusammenarbeit mit dem Globalen Süden von staatlicher oder den Aktivitäten von NGOs? Dazu äußert sich Prof. Dr. Gabriele Beckmann (Foto), die an der Fachhochschule für Interkulturelle Theologie „Entwicklungsbezogene Arbeit“ lehrt, im Interview. Die Soziologin erzählte auch von ihren Beweggründen, sich auf wissenschaftlicher Ebene mit Armut auseinanderzusetzen. Nicht nur an akademischen Einrichtungen in Deutschland, sondern auch in Bolivien, Sambia, Mosambik, Benin und Äthiopien hat Gabriele Beckmann zu entwicklungspolitischen Themen gearbeitet, darunter zu Landrechten und Hochschulentwicklung.



Frau Beckmann, wie, wann und warum haben Sie Armut zu „Ihrem Thema“ gemacht?

Ich habe meine berufliche Laufbahn als Krankenschwester begonnen und hatte ein Interesse an der großen weiten Welt. Das Thema Armut ist dann eigentlich erst dazugekommen, indem ich in diese Länder reisen durfte, in denen Armut in anderer Ausprägung vorkommt und viel sichtbarer ist als in Deutschland. Zugleich habe ich gemerkt, dass die Zeiten vorbei sind, wo man als Krankenschwester nach Lambarene geht und habe mich dann für das Soziologie-Studium entschieden.

Kann man aber nicht in praktischen Berufen wie Krankenschwester unmittelbarer etwas tun gegen Armut, als wenn man mit einem wissenschaftlichen oder entwicklungspolitischen Ansatz im Ausland helfen will?

Also ich würde den Gegensatz nicht machen zwischen handfest/praktisch einerseits und wissenschaftlich oder theoretisch andererseits. Handfest war meine Arbeit nach dem Studium in Bolivien auch. Mein erster Einsatz war in einem sehr ländlichen Gebiet mit 100 Gemeinden und es ging um deren Landrechte und wie wir es schaffen, die Gesetze auf dem Papier Wirklichkeit werden zu lassen. „Wir“ bedeutet hier, eine Genossenschaft von etwa 400 indigenen Bauern und Bäuerinnen. Mein Chef war einer der Bauernführer.

Die Frage nach der Krankenschwester ist aber trotzdem wichtig. Bei uns wird noch immer oft ein falsches und - mit Verlaub - auch rassistisches Bild transportiert über die Expertise, die Erfahrungen, das technische Knowhow in Ländern, die stark von Armut geprägt sind. Die Expertise existiert dort durchaus, diese Leute haben oft nur keine Chance, ihre Arbeitskraft und ihr Wissen auch einzusetzen. Gerade die klassische Krankenschwester, auch



andere Fachkräfte, die gibt es dort in der Regel. Wir sind im Moment dabei, diese Krankenschwestern hierher zu holen, weil wir selbst nicht genügend Pflegekräfte haben.

Armut ist ja ein relativer Begriff. Haben Menschen im globalen Süden eine andere Definition von Armut?

Ja. Wenn wir sehen, jemand lebt in einer Hütte oder einem unverputzten Haus, hat einige Nutztiere um sich herum und arbeitet mit den Händen, dann denken wir, die Leute sind arm. Aber sie selbst würden sich nicht so definieren. Wenn man in einem Dorf im Globalen Süden fragt, wo gibt es denn hier bei euch arme Leute? Dann verweisen sie oft auf Familien, die noch ärmer oder von Krankheit betroffen sind. Auch in diesen für uns „armen Verhältnissen“ machen die Menschen immer noch den Vergleich.

Die Weltbank definiert ein Pro-Kopf-Tageseinkommen von unter 2,15 \$US als absolute Armut - überall auf der Welt. Dabei ist die Kaufkraft von 2,15 \$US in den USA in die jeweiligen Landesverhältnisse umgerechnet. Stellen Sie sich einmal vor, was Sie heute noch für 2,15 \$US in den USA kaufen können. Aber es gibt immer auch die soziale Armut, die bedeutet, dass man extrem weniger Chancen hat als die anderen, dass man es schwerer hat, dass man eine gewisse Art von Stigmatisierung dadurch erfährt, weshalb auch niemand von sich gerne sagt: „Ich bin arm“.

Also ist es wahrscheinlich auch immer ein Politikum, zu definieren, was Armut ist?

Absolut. Mit partizipativen Methoden zu erheben, wo sind die wirklich Bedürftigen, wo sollten wir ansetzen, wenn wir wirklich Armutsbekämpfung planen - das überhaupt herauszufinden, erfordert sehr gute lokale Kenntnisse und ist lokal wie auf nationaler Ebene auch eine politische Frage.

Die Definition sollte ja dann vermutlich auch mit den Regierenden einigermaßen konform sein, mit denen, die das überhaupt erst möglich machen, dass man irgendwo Gelder hinleitet?

Da kommen wir schon auf das Thema „kirchliche Zusammenarbeit und staatliche Zusammenarbeit“. Ich hatte mit beiden zu tun und das ist im Grunde eine wunderbare Ergänzung. Darum gibt es auch so einen recht großen Budgetanteil des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), der an die kirchlichen Hilfswerke und natürlich auch an die Zivilgesellschaft geht. Diese Organisationen können quasi auf Augenhöhe mit anderen Organisationen oder Kirchen vor Ort zusammenarbeiten, ohne dass ein Regierungsabkommen die Zusammenarbeit definiert. Wenn zum Beispiel das ELM Projekte macht, muss es nicht erst im BMZ fragen. Auch für die Vergabe der Budgets vom BMZ gibt es gegenüber den großen kirchlichen Hilfswerken einen Vertrauensvorschuss. Sie müssen nicht jedes Projekt einzeln beantragen. Der Staat oder die Bundesregierung weiß, dass Kirchen und auch andere bewährte zivilgesellschaftliche Organisationen professionell gut arbeiten und an Themen und mit Partnerorganisationen arbeiten können, mit denen staatliche Organisationen manchmal genau nicht arbeiten dürfen.



Entwicklungshilfe - insbesondere staatliche - steht immer wieder in der Kritik, weil sie oft durch Korruption im Empfängerland nicht wirksam werden kann. Muss nach neuen Ansätzen gesucht werden?

Es gibt systemische Probleme der staatlichen oder generell der Entwicklungszusammenarbeit. Aber das wäre ein kleiner Vortrag für sich. Diese Probleme wurden bereits in den 80-er Jahren von Brigitte Erler, einer Abgeordneten der SPD, angesprochen. Sie kam völlig desillusioniert von einer Dienstreise aus Bangladesch zurück und schrieb das berühmte Buch „Tödliche Hilfe“. Diese Probleme sind im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wie wir sie kennen nicht grundsätzlich lösbar.

Es ist trotzdem wichtig, dass wir in schwierigen Situationen diese kleinen Inseln schaffen, Modelle für gute Praktiken, die zeigen, dass es nachhaltiger und gerechter geht und wie es geht, aus denen dann später vielleicht mal Politik werden kann. Aber man sollte nicht glauben, dass man mit Entwicklungszusammenarbeit faktisch einen nennenswerten Beitrag liefern kann. Wir müssen vielmehr grundlegend die Verteilungsregeln ändern.

Und da kommen wir an das Thema Gerechtigkeit ran: Wir müssen etwas gegen die weltweite Ungleichheit der Chancen tun. Dass im Moment die Armut wächst, hat nicht zuletzt mit Pandemie, Klimawandel und Krieg an verschiedenen Orten zu tun - aber letztendlich hat es natürlich mit der sozialen Ungleichheit weltweit zu tun. Ein ganz großes Stichwort ist dabei die Klimagerechtigkeit. Wie gehen wir damit um, dass wir immer profitiert haben von einer Energienutzung, die zur Erderhitzung geführt hat? Und dass jetzt diejenigen, die davon gar nicht oder nur sehr wenig profitiert haben, jetzt und in Zukunft am meisten an den Folgen dieses Handelns leiden.

Kann man Klimagerechtigkeit denn in irgendeiner Form messbar machen? Und wer legt die Beträge fest, mit denen die Industrienationen die durch den Klimawandel betroffenen Länder unterstützen?

Das ist ein Aushandlungsprozess. Seit der Klimakonferenz in Paris, vielleicht auch schon vorher, gibt es Foren, wo das diskutiert wird. Wir haben Fonds dafür und viele Bekundungen des guten Willens. Aber die Fonds füllen sich nicht mit dem entsprechenden Geld. Das ist im Moment eher keine Frage, wie man es bemisst. Da haben Sie z. B. die großen Rückversicherer, die Ihnen Zahlen über Schäden und Risiken durch die Erderhitzung, z.B. Ernteeinbußen, Krankheiten und Flutkatastrophen, nennen können. Auch über die notwendigen Investitionen für Klimaschutzmaßnahmen gibt es solide Einschätzungen z. B. von der Weltbank und der OECD.

Ein viel genutztes Instrument in der Entwicklungszusammenarbeit sind die so genannten Mikrokredite. Also kleine Darlehen, die Menschen dazu befähigen sollen, sich eine selbstständige Existenz aufzubauen, zum Beispiel mit Landwirtschaft oder auch durch den Verkauf von Produkten. Wie bewerten Sie diese?

Da gibt es tolle Beispiele, aber dennoch muss man Mikrokredite sehr genau anschauen, weil damit auch Unwesen getrieben werden kann. Mikrokredite können Menschen in Schulden stürzen. Alles erfordert eine genaue Betrachtung der lokalen Verhältnisse.

Ich habe gerade einen Bericht gelesen, in dem moniert wird, dass Kredite an Menschen in Gegenden verteilt wurden, wo einfach der Markt nicht da ist. Außerdem sollten Mikrokredite mit Mikro-Versicherungen verbunden sein. Wenn es z. B. ein Kredit ist für



Bauern, dann brauche ich auch eine Ernteausfall-Versicherung. Aber es geht auch um die berühmten Kredite für die Nähmaschine oder einen kleinen Laden. Es muss die lokale Ökonomie da sein. Wenn ich nur anbiete, aber es keine Nachfrage gibt, geht das nicht. Leider werden diese Fehler immer noch gemacht. Obwohl die kritische Debatte zu Mikrokrediten vor über zehn Jahren gelaufen ist, mit ganz vielen empirischen Arbeiten, wo es in Bangladesch und Indien massenhaft Fälle von Selbstmord gegeben hat, weil Menschen überschuldet waren durch Mikrokredite.

Eigentlich gibt es ja auch Evaluationen, um solche Folgen zu erkennen und zu beseitigen. Ist aus Ihrer Sicht die Evaluation von Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit ausreichend oder könnte man sie optimieren?

Ein großes Problem der Evaluation ist, dass zum Beispiel das BMZ sie sich selbst in Auftrag gibt. Im Allgemeinen gibt es zu oft Gefälligkeitsgutachten. Der Soziologe Richard Münch hat das zum Ausdruck gebracht, indem er das Wort gut in Begutachten in Versalien geschrieben hat: BeGUTachten. Und auch ich habe das erlebt in jungen Jahren. Damals habe ich in einem Projekt in Bolivien, zusammen mit einem sehr kenntnisreichen bolivianischen Kollegen, sehr viele Schwachstellen gefunden. Da bin ich von meinem Auftraggeber in Deutschland ungespitzt in den Boden gestampft worden. Also, aus meiner Sicht, ist Evaluation oft zu formalistisch angelegt und verdient den Namen nicht.

Inwieweit geht es bei der Arbeit von NGOs möglicherweise nicht nur um die Adressaten, sondern auch um den Selbsterhalt der Organisationen?

Die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist keine NGO. Aber auch die GIZ hat natürlich ein riesiges Eigeninteresse, die Zahlen hochzutreiben. Und genauso ist es mit den NGOs. Dieser Sektor hat sich in den Ländern des globalen Südens ja überwiegend erst in den 90er Jahren gebildet. Davor waren viele der Leute, die heute in NGOs arbeiten, in staatlichen Beratungsdiensten oder in der staatlichen Gesundheitsversorgung beschäftigt.

Damals haben wir durch Weltbank und Weltwährungsfonds eine Politik der sogenannten Strukturanpassung bekommen, die den jeweiligen Staat angeblich effizienter machen sollte. Das bedeutete: Kürzung der staatlichen Ausgaben, alles in private Hände geben. Viele dieser Staaten in Subsahara-Afrika und Lateinamerika wurden für Kredite dazu gezwungen, ihren eigenen Beratungssektor und den sozialen Bereich massiv runterzukürzen. Und diese Menschen, die da entlassen wurden, die eine gute Ausbildung hatten, die sind dann oft in NGOs gegangen, weil sie dort noch ihren Lebensunterhalt verdienen konnten. Insofern kann man es den NGOs natürlich nicht verdenken.

Vielen dieser Länder hatten Banken des reichen Nordens in den 80-er Jahren noch die Petrodollars hinterhergeworfen. Es gab hohe Einnahmen durch die steigenden Ölpreise. Da war Geld auf diesen Märkten und das ist den Ländern in Form von Krediten geradezu aufgezwungen worden. Danach haben sie sich im Zuge dieser Politik stark verschuldet. Der Weltwährungsfond und die Weltbank verlangten nun die „Strukturanpassung“ als Vorbedingung für Entwicklungskredite. Im Anschluss daran gab es - auch stark aus kirchlichen Kreisen - dann wieder Initiativen zum Schuldenerlass, wie zum Beispiel „Erlassjahr“. Deren Forderung war und ist, dass die reichen Gläubigerländer, erst mal entschulden müssen, bevor ein Land wieder anfangen kann, sich neu aufzustellen.



Jetzt haben wir viel über die Schwierigkeiten der der entwicklungsbezogenen Arbeit gesprochen. Haben Sie auch positive Beispiele für langfristig gelungene Entwicklungszusammenarbeit?

Ja, auf jeden Fall. In den 80-er oder frühen 90-er Jahren, als ich so eingestiegen bin, gab es die Entwicklungshelfer, die noch Bauern oder Förster waren, auch ein paar Agrar- oder Forstwissenschaftler waren darunter. Da wurden zum Beispiel Bauern aus den bolivianischen Anden ins Tiefland umgesiedelt vom Staat, weil man dachte, da wächst doch alles. Aber das war nicht der Fall, da der Regenwald nur eine sehr dünne Humusschicht hat. Und dann haben die Entwicklungshelfer angefangen zu schauen, wie man eine angepasste Landwirtschaft machen kann. Sie haben den ökologisch angepassten Landbau, z.B. Agro-Forst-Systeme und Erosionsschutzmaßnahmen für diese Standorte gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern weiterentwickelt. Diese Art von Landwirtschaft ist heute in vielen Ländern Teil der Regierungspolitik und Common Sense. Oder die Impfkampagnen, die man in der Entwicklungszusammenarbeit gemacht hat. Die gibt es heute in vielen Ländern im Globalen Süden im Gesundheitssektor. Das Wissen aus den 70-er, 80-er Jahren, wo man angefangen hat, das ist heute oft Common Sense.

Sie haben vorhin gesagt, alles erfordert die genaue Betrachtung der lokalen Verhältnisse. Und eine ehrliche Bewertung. Somit gibt es wahrscheinlich keinen Königsweg in der Entwicklungszusammenarbeit?

Ja, das würde ich auf jeden Fall unterschreiben. Es gibt keinen Königsweg. Es gibt vielmehr konkurrierende Ansätze. Und diese Ansätze haben immer damit zu tun, wie ich mir Armut erkläre. Wenn ich marktorientiert denke, gehe ich auf den privaten Sektor zu, weil ich glaube, dass die privaten Akteure immer stärker sind als der Staat.

Dann gibt es aber auch die Möglichkeit der public-private-partnership, der Kooperation von Staat und Privatwirtschaft. Das kann funktionieren. Aber ziemlich oft funktioniert es auch nicht aus meiner Sicht.

Aber unabhängig davon, welchem Ansatz man in der Entwicklungszusammenarbeit Priorität einräumt, löst das alles die Probleme nicht, solange es auf der Erde einen ungerechten Welthandel wie auch ungerechte Patentrechte gibt und massive Verletzungen der Menschenrechte geschehen können. Das ist etwas, was auf der internationalen Ebene geregelt werden muss. Insofern brauchen wir Ansätze auf verschiedenen Ebenen. Je weiter ich auf die lokale Ebene komme, umso weniger habe ich diese One-fits-all-Lösungen, die überall funktionieren.

Wie schafft man es, nicht den Mut und auch das Durchhaltevermögen zu verlieren in Anbetracht all dieser Probleme. Wie kann man trotzdem vor Ort lokal das tun, wovon man überzeugt ist, dass es richtig ist?

Ja, Sie haben Recht, man könnte eigentlich verzweifeln. Was mich immer hochhält ist, dass ich sehe: Andere, die es viel schwerer haben, die verzweifeln nicht, die machen immer weiter. Und das sollten wir uns einfach als Vorbild nehmen. Das kann man auch schön bei einigen Partnerkirchen sehen, dass es Leute gibt, die sich niemals geschlagen geben, die immer weitermachen, weil die Sache so wichtig ist.

Wir reden von Armutsbekämpfung und dann sehen wir diesen riesigen schwarzen Berg und der wächst auch noch im Moment. Man fokussiert sich auf das Negative. Die Menschen, die



ich im Globalen Süden kennengelernt habe, die haben immer diese positive Vision, wie es sein könnte.

Die sagen zwar auch: Dieses Gesetz ist Mist, das wollen wir nicht. Das wird uns schaden. Dann gehen in Bolivien die Leute mit Hacken und mit Dynamit auf die Straße. Die ziehen nach La Paz und ballern da auf der Straße rum. Ja, die können das auch ausdrücken, wenn sie was nicht wollen, zur Not auch mit Gewalt, was ich ausdrücklich nicht unterstütze, aber angesichts der Lage oft verstehen kann.

Aber Protest ist in vielen Fällen dringend nötig. Die Länder brauchen solche funktionierenden Zivilgesellschaften, die die Politik beobachten, kontrollieren und neue Vorschläge machen. Es gibt so viele faszinierende Menschen, die irgendwelche Gaben haben. Und wenn die sich gut ergänzen, gründen sie eine Initiative oder eine Genossenschaft und fangen einfach an. Und im günstigen Fall, kommt dann die Entwicklungszusammenarbeit ins Spiel und unterstützt mit überschaubaren Beträgen.

Wichtig ist, dass die Leute selbst entscheiden, wie sie mit dem Geld umgehen. Das können eben nicht wir, machen und wir dürfen es nicht vorgeben. Wenn man sieht, dass das gelingen kann, so mühselig es ist - das ist fantastisch.